

Fragezeichen wegen des Atomausstiegs

Elektrizitätskommission beurteilt heutige Lage als gut, sorgt sich aber um die Wasserkraft

Die heutige Versorgungslage beim Strom wird von der Regulierungsbehörde Elcom positiv beurteilt. Rund um den Atomausstieg ergeben sich aber Unsicherheiten – die Politik prüft derweil schon Antworten.

Davide Scruzzi, Bern

In einer Analyse zur Versorgungssicherheit stellt die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) im Hinblick auf den geplanten Ausstieg aus der Atomkraft vor allem ab 2025 Herausforderungen fest. Besonders für das Winterhalbjahr sei eine steigende Auslandsabhängigkeit absehbar, sofern die Ziele der bundesrätlichen Energiestrategie bei der Effizienz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht erreicht würden, erklärte Elcom-Präsident Carlo Schmid am Donnerstag an einer Medienkonferenz in Bern. Gleichzeitig stellt die Elcom fest, dass just der anvisierte Zubau bei der Wasserkraft aufgrund der europaweit tiefen Strompreise finanziell problematisch ist – also keineswegs als gesichert gelten kann.

Die somit absehbare Zunahme der Importe wird von der Regulierungsbehörde als Risiko beurteilt. Es drohen Netzengpässe und unvorteilhafte Preise, heisst es. Als abschreckendes Beispiel wurde Italien genannt, das nach einem überhasteten Atomausstieg in den 1980er Jahren eine für die Stromkunden teure Import- und Gaskraftwerks-Strategie eingeschlagen hatte.

In einer Medienmitteilung verlangte denn der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) am

Donnerstag abermals Fördermassnahmen für die Wasserkraft. Eine Subkommission der energiepolitischen Kommission des Nationalrates prüft bereits neue direkte oder indirekte Subventionen für den Bau konventioneller Wasserkraftwerke. Damit würden neue Subventionen die Auswirkungen tiefer europäischer Strompreise dämpfen, die ihrerseits durch marktverzerrende Subventionen von erneuerbaren Energien ausgelöst worden sind – ein freilich widersprüchliches Vorgehen.

Die Elcom will just zum Sinn einer solchen neuen Förderung der Wasserkraft nicht explizit Stellung nehmen. Dabei geht es auch darum, die bestehenden Instrumente des Stromversorgungsgesetzes mit den Nachteilen von flächendeckenden neuen Subventionen zu vergleichen. Bereits jetzt könnte nämlich der Bundesrat den Bau von Kraftwerkskapazitäten ausschreiben, wenn die Versorgungssicherheit tatsächlich durch fehlende inländische Kraftwerke gefährdet wäre. Immerhin bekennt sich die Elcom zum Strom-Aus-

senhandel. Die Optimierung der Importkapazitäten wird als «zentrale Stossrichtung» bezeichnet, auch im Sinne einer Risikominderung bei zunehmenden Importen. Im Zuge der bilateralen Verhandlungen mit der EU soll mit der Schaffung einer neuen Strombörse die Reservierung der Grenzleitungen optimiert werden.

Während die langfristigen Prognosen der Versorgungslage und der Netzstabilität gerade auch aufgrund der vermehrten dezentralen Einspeisung erneuerbarer Energien noch mit Fragezeichen versehen sind, stellt die Elcom der heutigen Versorgung ein sehr gutes Zeugnis aus. Die durchschnittliche Unterbrechungsdauer pro Endverbraucher lag 2013 bei 25 Minuten – der tiefste Wert der letzten vier Jahre. Auch heikle Belastungen des Netzes haben dank einer optimierten Systemführung abgenommen, so die Elcom. Demgegenüber beurteile der Netzbetreiber Swissgrid die Netzstabilität ohne Berücksichtigung eigener Interventionen und beklage so eine verschärfte Netzbelastung.

Zurückhaltung bei Smart-Meter-Kosten

dsc. · Eine zentrale Aufgabe der Elcom ist die Überwachung der Tarife, namentlich im regulierten Netzbereich. Dazu machte Elcom-Präsident Carlo Schmid klar, dass man eine Überwälzung der Kosten neuer Stromzähler-Techniken (Smart Meter) auf die Stromkunden im Rahmen des geltenden Gesetzes nicht flächendeckend zulasse, sondern im Rahmen von Pilotprojekten oder etwa der Installation in Neubauten. Wolle der Bundesrat die Einführung von Smart Metern mit Blick auf einen effizienteren

Umgang mit Strom beschleunigen, so müssten die Gesetze entsprechend angepasst werden, so Schmid.

Der Trend, wonach Grosskunden aufgrund der gesunkenen Strompreise die Option der Belieferung im Rahmen des geöffneten Strommarkts wählen, verstärkte sich zudem, so die Elcom. Der Anteil der Kunden, die 2014 gewechselt hätten, betrage 27 Prozent. Die frei gehandelte Energiemenge belaufe sich auf 9 Terawattstunden (Gesamtverbrauch: 59,3 Terawattstunden).

Neue Titel für Berufsabschluss

Der Nationalrat will die höhere Berufsbildung stärken

Künftig soll sich ein Schreinermeister auch Professional Master nennen dürfen. Neue Bezeichnungen für Titel sollen die Berufslehre im internationalen Wettbewerb stärken.

For. Bern · Es kommt nicht oft vor, dass sich Sozialdemokraten und der Gewerbeverband gemeinsam für ein Anliegen im Parlament starkmachen. Von SP-Nationalrat Matthias Aebischer stammt die Motion, die moderne Titelnamen für Abschlüsse der höheren Berufsbildung fordert. Der Bundesrat wird beauftragt, die Abschlüsse der höheren Berufsbildung im Berufsbildungsgesetz aufzuwerten. Tatkräftige Unterstützung erhielt der Vorstoss vom Gewerbeverband, der mit den neuen Namen die Attraktivität der Berufslehre gesteigert sieht, weil die Abschlüsse dank englischen Versionen richtig eingeordnet werden können.

Als Beispiele für moderne Bezeichnungen von Titeln nannte Aebischer «Berufs-Bachelor», «Bachelor HF» oder «Professional Master». Er wolle, dass «die top ausgebildeten Schweizer Berufsleute gleich lange Spiesse haben wie die oft schlechter ausgebildeten Berufsfachleute im Ausland».

Gegen Akademisierung

Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Es stehe ausser Frage, dass die höhere Berufsbildung gestärkt werden müsse, sagte Bildungsminister Johann Schneider-Ammann am Donnerstag im Nationalrat. Eine Vermischung der Titelstrukturen oder eine Akademisierung der Be-

rufsbildung sei jedoch der falsche Weg. Eine Analyse habe ergeben, dass der erhoffte Prestigeerfolg für die höhere Berufsbildung fraglich sei. Es bestehe vielmehr das Risiko, dass von Bachelors zweiter Klasse gesprochen würde. Bachelor und Master sind akademische Grade eines Studiums, die von einer staatlichen oder anerkannten Hochschule vergeben werden.

Laut Schneider-Ammann wünscht die Mehrheit der für eine Studie befragten Unternehmen keine solchen Titelnamen, da sie im Verdacht der Akademisierung stünden. Christian Wasserfallen (fdp., Bern) wies darauf hin, dass gerade Vertreter von international tätigen Branchen gegen die Einführung dieser Titel seien. Der Fachverband für Informationstechnologie-Ausbildung, deren Vorstand Wasserfallen angehört, wehre sich gegen die neuen Titel.

Trotz den Einwänden des Bundesrats stimmte die grosse Kammer der Motion mit 93 zu 80 Stimmen bei 16 Enthaltungen zu. Sie geht nun in den Ständerat.

Alternativen zu neuen Titeln

Statt auf die in der Motion geforderten neuen Titelnamen setzt Schneider-Ammann auf den geplanten nationalen Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung und auf Diplomasätze für Abschlüsse der höheren Berufsbildung. Diese stellen die internationale Vergleichbarkeit sicher. Die entsprechende Verordnung soll nach der Sommerpause in den Bundesrat und voraussichtlich noch im laufenden Jahr in Kraft treten. Ebenfalls zur Diskussion stehen zusätzliche Bundesmittel zur Unterstützung von Vorbereitungskursen für höhere Berufsprüfungen.

WORLD



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



CHRONOMAT
AIRBORNE

KURZ

SCHMUCK UND UHREN

Zürich | Bahnhofstrasse 80 und Glattzentrum